

Frankfurter Angelegenheiten.

Stadtverordneten-Versammlung.

In Fortsetzung der Debatte über die Lebensmittelversorgung nahm Direktor Dr. Schumde das Wort und ging auf die Ausführungen des Stadtv. Hoff ein. In Berlin sind die Schwerstarbeiterzulagen nach Vereinbarung der Arbeiter untereinander weggefallen und es hat dadurch der Kreis der Schwerarbeiter vermehrt werden können. In Frankfurt ist eine derartige Regelung am Widerpruch der Metallarbeiter gescheitert. Die Klagen über das schlechte Mehl sind berechtigt, doch wird sich die Qualität jetzt bessern. Eine Erhöhung der Kartoffelration ist aber nicht möglich. Die Einlagerung der Kartoffelreserven wird vorgenommen, eine Zentral-Dispositionsstelle ist im Hauptbahnhof eingerichtet. Die Behauptung, daß das Lebensmittelamt wöchentlich 40 000 Mark am Fleisj verdienen, ist ein Irrtum. Die Bezirksfleischstelle wird durch Landrat von Veruus mustergültig geführt, die unter Leitung des Herrn Seidingsfelder stehende Rhein-Mainische Lebensmittelstelle ist eine der bestgeleiteten in Deutschland. Die Preisunterschiede bei Eier und Butter zwischen Frankfurt und den hessischen Städten beruhen darauf, daß Hessen Selbstversorgerverband ist. Die Milchmenge ist veramt zurückgegangen, daß gar nicht daran zu denken ist, daß die frühere Zahl der Milchhändler die Verteilung vornehmen kann. Die Magermilch läßt sehr an Qualität zu wünschen übrig. Eine größere Vorlage des Magistrats über die Milchfrage ist zu erwarten. Geht die Regierung zu einer schärferen Ausdehnung der Erfassung der Lebensmittel vor, dann wird sich das Hamstern von selbst erledigen. Die Schranken der Bundesstaaten müssen wegfallen, dann könne endlich die Bevölkerung der Großstädte ein einigermaßen erträgliches Dasein führen.

Stadtrat Dr. Schloffer stellte eine Besserung der Krankenversorgung fest. Bedauerlich sei, daß sich eine Anzahl Ärzte nicht an die Vorschriften halte. Die Krankenschwestern würden als Schwerstarbeiter behandelt. Es stimme nicht, daß im städtischen Krankenhaus die Ärzte in schlechterer Weise versorgt würden, während die Schwestern dardem müßten.

Stadtv. Wittich (Soz.) wünschte Auskunft über die Beseitigung der Misthände in der Schweinehaltung, die nach bürokratischen Grundsätzen geleitet würde. In einer einzigen Nacht seien infolge falscher Behandlung etwa 60 Schweine eingegangen; 700 Zentner Kartoffeln, die für Schweinefutter bestimmt waren, würden nicht dazu verwendet. Die meisten Angestellten hätten gelogen, betrogen und gestohlen, es sei mit Fleisch, Kartoffeln und Milch Schleichhandel getrieben worden. Das System Schumde habe das erwartete große Melnemachen nicht gebracht. Ein Beamter, welcher der schwersten Vergehen beschuldigt war, konnte nach der Schweiz verschwinden. Noch heute seien Leute, die gestohlen haben, auf dem Niederhof. Die Rechtsanwält Dezermenten auf dem Lebensmittelamt seien überflüssig; an deren Stelle brauche man tüchtige Ressortchefs.

Direktor Dr. Schumde erwiderte, es sei eine eingehende Untersuchung ange stellt und der Staatsanwalt auf den Fuchverdacht wegen des in Frage kommenden Schweizers aufmerksam gemacht worden. Die Fehler seien beseitigt, das Defizit sei zurückgegangen.

Die weitere Debatte wurde auf nächsten Dienstag vertagt.

Für den Finanz- und Sozialpolitischen Ausschuß berichtete Stadtv. Waller (Sp.) eingehend über die Kriegsteuerungszulagen. Er teilte mit, daß ein sozialdemokratischer Antrag Dorsch, daß die städtischen Arbeiter die gleiche Teuerungszulage erhalten wie die Beamten mit 8 gegen 7 Stimmen abgelehnt wurde. Namens seiner Fraktion erklärte Stadtv. Goll (Sp.), daß er mit dieser Ablehnung nicht einverstanden sei. Er beantragte, eine einmalige Teuerungszulage den Arbeitern auszus zahlen und den Trambahnern die Beamtensteuerungszulage zu bewilligen. Stadtv. Zielowski (Soz.) bekämpfte mit Entschiedenheit den bisherigen Standpunkt des Magistrats, der erst durch die Stimmung in der Bürgererschaft veranlaßt worden sei, den Arbeiterwünschen nachzugeben. Bürgermeister Dr. Luppe erklärte, die Trambahner hätten selbst gewünscht, daß sie die Arbeiterzulage erhalten. Die Situation liege allerdings heute so, daß der Magistrat der Unzufriedenheit, die er nicht verschuldet, Rechnung tragen müsse. Der Magistrat sei bereit, den Arbeitern die staatliche Teuerungszulage unter Anweisung der bereits gezahlten Zulage zu zahlen. Nach weiterer Debatte wurde der Antrag, den Arbeitern die gleiche einmalige Teuerungszulage wie den Beamten zu zahlen, angenommen.